

Essay

Einwanderung 2.0

Der Sachverständigenrat für Migration und Integration hat sein erstes Jahresgutachten vorgestellt.

Ergebnis: Es wächst zusammen, was zusammengehören muss / Von Klaus J. Bade

Deutschland ist angekommen in der Einwanderungsgesellschaft. Aber deren Eigendynamik wird noch nicht zureichend durchschaut. Die Einwanderungsgesellschaft ist ein fortwährend beide Seiten verändernder, vielgestaltiger Sozial- und Kulturprozess. Vielfalt und Diversität wachsen auch bei abnehmender Zuwanderung aus demographischen Gründen eigen-dynamisch weiter, denn die Geburtenrate der Zuwandererbevölkerung liegt, trotz schrittweiser und unterschiedlicher Anpassung, noch immer deutlich höher als diejenige der Mehrheitsbevölkerung. Ergebnis ist ein beschleunigter, manche Zeitgenossen scheinbar überfordernder Wandel von Strukturen und Lebensformen. Integration in der Einwanderungsgesellschaft wird in der Erfahrung alltäglicher und unübersichtlicher zugleich. Aber Integration in Deutschland gelingt.

„Die“ Integration in „die“ Gesellschaft gibt es nicht, weil Gesellschaft aus den verschiedensten Teilbereichen besteht. Als messbare Dimension ist Integration definierbar als gesellschaftliche Anerkennung in Gestalt möglichst chancengleicher Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. In diesem Sinne wird Integration in Deutschland, auch im internationalen Vergleich, in vielen Bereichen zunehmend erfolgreicher. Ausnahmen bei einzelnen Gruppen und Bereichen bestätigen die Regel und relativieren sich zudem im internationalen Vergleich.

Ein verhalten positives Bild von Integration spricht auch aus den subjektiven Einschätzungen des Integrationsklima-Index (IKI) für Migration und Integration mit rund 5600 Interviews. Ergebnis: Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft sehen Integration pragmatisch und zuverlässig. Und sie haben ein hohes Grundvertrauen zueinander. Zuwanderer vertrauen zum Teil den Deutschen nicht nur mehr als der eigenen Herkunftsgemeinschaft, sondern sogar mehr als die Deutschen sich selbst.

Als nach vorsichtigem Optimismus gibt auch der im Rahmen des SVR-Integrationsbarometers erstmalig errechnete Integrationsklima-Index (IKI): Er misst Erfahrungen und Einstellungen der Befragten für verschiedene Bereiche der Integration wie zum Beispiel Arbeitsmarkt, Nachbarschaft oder Bildungssystem. Auf einer Skala von 0 (sehr schlecht) bis 4 (sehr gut) erreicht der IKI für das Jahr 2009 positive Mittelwerte zwischen 2,77 für die Mehrheitsbevölkerung und sogar von 2,93 für die Zuwandererbevölkerung.

Dieses Ergebnis bietet ein klares Gegenbild zum deutschen Integrationsgänger aus hohem Niveau und vor allem zur Skandalisierung einer angeblich flächendeckend „gescheiterten Integration“. Dieses verbreitete Schreckbild ist, von Ausnahmen abgesehen, doch ein grotesker Zerrspiegel der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland. Das SVR-Integrationsbarometer zeigt demgegenüber: Auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland dominiert nicht nur ein gemeinsames Integrationsverständnis, sondern sogar ein deutlicher Integrationsoptimismus. Beide Seiten teilen gemeinsame pragmatische und weitgehend positive Einschätzungen der Integration.

Für integrationsrelevanten Befragte mit und ohne Migrationshintergrund zu jeweils über 95 Prozent vor allem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, verbesserte



Deutschland hat heute nicht nur farbrige Tanzmärchen (Mitte), sondern auch einen neuen Index: den Integrationsklima-Index (IKI). Bei einem möglichen Höchstwert von 4 bewerten Einheimische wie Zuwanderer die Lage im Durchschnitt mit einer doch ziemlich positiven 2,8

Bildungs- und damit Arbeits- und Aufstiegschancen, das Angebot von Sprachkursen und den Abbau von Diskriminierung. Diese pragmatischen Themen und nicht die abgehandelten und stets neu aufgeführten Glaubens- und Grundsatzfragen sind es, die die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Alltag der Einwanderungsgesellschaft tatsächlich interessieren. Darüber hinaus haben beide Seiten wechselseitig sogar die gleichen Zuständigkeitszuschreibungen: Beide weisen die Verantwortung für Integration zu zwei Dritteln den Zuwanderern und nur zu einem Drittel der Mehrheitsbevölkerung zu. Der immer wieder künstlich aufgeführte Scheinkonflikt über die falschen Alternativen von zwanghafter Assimilation oder wildwüchsiger Multikulti-Idylle ist im pragmatischen Alltag der Einwanderungsgesellschaft inzwischen vom Tisch.

Integration ist heute endlich auch ein politisches Mainstream-Thema geworden. Sie wird in die großen politischen Gestaltungsbereiche zunehmend routiniert und pragmatisch einbezogen. Politik ist, mit einiger historischer Verspätung, in der Einwanderungsgesellschaft angekommen. Politik neigt dabei in ihrer Selbstinszenierung mitunter dazu, hier Ursache und Folge zu verwechseln und das jahrzehntelange friedliche Zusammenwachsen der Einwanderungsgesellschaft als Ergebnis ihrer eigenen, zum Teil arg verspäteten und lange widerwilligen Anpassung an diesen Prozess zu deuten. Zu Recht hat Bundespräsident Horst Köhler 2006 pointiert, Politik in

Deutschland habe das Thema Integration jahrzehntelang regelrecht „verschlafen“.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass in der Aufholhektik der letzten zehn Jahre integrationspolitisch de jure und de facto mehr geschehen ist als in den vier Jahrzehnten zuvor; von der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 2000 über das Zuwanderungsgesetz 2005 und die Reform des Aufenthaltsrechts 2007 bis hin zur Deutschen Islamkonferenz, den drei Integrationsgipfeln und dem Nationalen Integrationsplan. Politik hat damit umgesteuert vom lange angstvoll-defensiven auf proaktiven Integrationskurs. Und sie hat dabei kraftvoll Tritt gefasst. Aber die Folgen von Versäumnissen der Vergangenheit in Integration und Integrationspolitik bleiben Zukunftsbelastungen für die Einwanderungsgesellschaft. Dazu gehören unter anderem soziale Spannungspotenziale und ein Problemstau auf der wichtigen Integrationsbaustelle Bildung.

In der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland gibt es ein Integrationsparadox: Zu registrieren sind ein verhalten optimistisches Selbstbild der Einwanderungsgesellschaft und ein zunehmend pragmatisches Verhältnis zu Integrationsfragen. An der breiten Basis der Sozialpyramide aber leben nach wie vor viele Familien mit starken, zum Teil über Generationen hinweg anhaltenden Integrationsdefiziten als Teil einer „neuen Unterschicht“ – es sind Familien mit, aber auch ohne Migrationshintergrund.

Die unzureichende Qualifikation vieler jugendlicher aus diesen Milieus blockiert nicht nur deren individuelle Erwerbs- und damit Zukunftschancen. Sie begrenzt zusätzlich auch das – mittelfristig schon aus demographischen Gründen schrumpfende – Arbeitskräfteangebot. Und sie belastet durch zum Teil schon „ererbte“ Transferabhängigkeit zusätzlich den Sozialetat im Wohlfahrtsstaat.

Mehr noch: Die Perspektivlosigkeit der „Generation Hartz IV“ führt zu einem zunehmend aggressiven Empörungspotenzial. Es wächst mit der Zahl der sozialen Verlierer, die sich ihrer perspektivlosen Lage bewusst werden. Aus dem Umschlag von Frustration in Aggression kommen individuelle Reizbarkeit und spontane Gewaltbereitschaft. Mangelnde Chancengleichheit ist deshalb eine Gefahr für den sozialen Frieden in der Einwanderungsgesellschaft. Politik hat diese wachsende soziale Gefahr noch nicht zureichend erkannt.

Von gleichen Bildungschancen oder gar Bildungserfolgen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kann noch nicht die Rede sein. Zum Hintergrund zählt ein zweites Integrationsparadox: Nach dem SVR-Integrationsbarometer befürworten Eltern aus Mehrheits- wie Zuwandererbevölkerung zwar durchweg Gleichberechtigung bei den Bildungschancen. Sie haben aber meist eine negative Einschätzung der Leistungsfähigkeit von Schulen mit ethnisch heterogener Schülerschaft. Deshalb wollen sie für die eigenen Kinder nicht das „Risiko“ ethnisch gemischter Schulklassen

gehen. Das gilt für bildungsorientierte Eltern aus der Mehrheitsbevölkerung ebenso wie für Aufsteigerhaushalte mit Migrationshintergrund.

Damit tritt ein Grunddilemma zutage: Forderungen nach einem Umbau des Bildungssystems zugunsten von Chancengleichheit prallen bei wachsender Heterogenität an der Abwehrhaltung von bildungsorientierten Adressaten ab. Solange sich die Einschätzung hält, dass Heterogenität der Schülerschaft und Leistungsfähigkeit der Schule weitgehend unvereinbar sind, wird sich die soziale Segregation im Bildungswesen nicht wirksam bekämpfen lassen. Dieses Dilemma kann man nur begrenzen, wenn sich durch innovatives Engagement, durch konzeptionelle, personelle und materielle Investitionen in heterogene Schulen deren Attraktivität erhöht.

Noch schärfer gesprochen: Nachhaltiger als Subventionen zur Rettung von Banken vor dem selbst verschuldeten Luzifersturz sind Investitionen in Bildung und Ausbildung zur Sicherung nicht nur der wirtschaftlichen Zukunft, sondern auch einer friedlichen sozialen Zukunft. Hier zu kürzen, um Finanzmarktsubventionen zu verkräften, verdient einen Preis im Ideenwettbewerb für suizidale Haushaltspflege in der Einwanderungsgesellschaft.

Der Autor ist Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

forum@welt.de